

Stuttgart, den 26.11.2004

## **Schlechte Aussichten für Baden-Württembergs Streuobstwiesen**

**Billigkonzentrat aus China, Iran, Türkei u.a.  
verdrängt hochwertige Streuobstprodukte  
zunehmend vom Markt –  
Landesregierung beschränkt sich auf  
Problembeschreibung und Schulterzucken**

26.11.2004

MdL Boris Palmer, umweltpolitischer Sprecher

## **Bewertung der Stellungnahme der Landesregierung zur Großen Anfrage der Fraktion GRÜNE „Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in Baden-Württemberg“**

Die Landesregierung misst den Streuobstbeständen im Hinblick auf die Landeskultur, die Erholungsvorsorge sowie die ökologischen und landschaftsprägenden Funktionen eine große Bedeutung bei. Sie teilt auch die Befürchtungen der Grünen im Landtag, wonach die Bestände durch Überalterung, schlechte Pflege und in zunehmendem Maße durch Billigimporte von Apfelsaftkonzentraten aus Ländern wie China, Iran, Türkei und Polen bedroht sind, gleichzeitig ist sie aber nicht bereit über die bislang praktizierten Maßnahmen hinaus Initiativen zu ergreifen die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation bzw. zum flächendeckenden Erhalt der Streuobstbestände beitragen.

Auf diesen knappen Nenner lässt sich die 16 Seiten umfassende Stellungnahme der Landesregierung auf die Große Anfrage „Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in Baden-Württemberg“ bringen, die von Seiten der Fraktion Grüne vor einigen Wochen im Landtag eingebracht wurde.

### **Die Ausgangssituation**

Trotz der in den letzten Jahrzehnten zu beobachtenden starken Bestandsrückgänge - zwischen 1965 und 1991 um mehr als 40% - sind große Teile unserer Kulturlandschaften im Südwesten Deutschlands noch immer von Streuobstwiesen geprägt. In den Boomzeiten der Nachkriegsjahrzehnte waren in erster Linie die Ausweisung neuer Baugebiete und die Realisierung von Straßenbauprojekten für diesen drastischen Rückgang der nicht zuletzt wegen ihres Artenreichtums ökologisch wertvollen Streuobstbestände verantwortlich. Hinzugekommen sind in den letzten Jahren verstärkt ökonomische Aspekte. Der zunehmende Preisverfall beim einheimischen Obst und - als Folge davon - die mangelnde Pflege, die Überalterung der Streuobstbestände und erhebliche Probleme beim Generationenwechsel von Besitzern und Pächtern derartiger Flächen sowie neue Pflanzenkrankheiten wie der Feuerbrand sorgen heute noch zusätzlich dafür, dass viele wertvolle Bestände für immer aus unseren Kulturlandschaften verschwinden. Eine wesentliche Ursache für den Preisverfall ist der wachsende Import von Billigkonzentraten aus China, Iran, der Türkei und Polen.

### **....und die Reaktion des baden-württembergischen Landwirtschaftsministers**

Die 18 Millionen Streuobstbäume, die im Rahmen einer flächendeckenden Erhebung im Jahr 1965 gezählt wurden, waren laut Stellungnahme des Ministeriums für ländlichen Raum bis 1990 – dem Jahr, in dem die letzte repräsentative Bestandserhebung durchgeführt wurde auf rd. 11,4 Mio. Exemplare reduziert. Am stärksten betroffen vom Rückgang: Äpfel (-38%), Birnen (-50%) und Zwetschgen (-38%). All diese Zahlen – das räumt auch Minister Stächele ein – sagen nichts über das Alter („Auf einem größeren Teil der Flächen sind ältere Baumbestände vorzufinden“) und den Pflegezustand („Der Pflegezustand der Streuobstbäume ist heterogen“) aus. Obwohl dies so ist und in den letzten Jahre Feuerbrand und Preisverfall zusätzlich dafür gesorgt haben, dass die Bestände weiter stark dezimiert wurden, lehnt Minister Stächele eine aktualisierte landesweite Bestandsaufnahme ab. Seine Begründung – „eine landesweite Bestandsaufnahme ist nur in

großen Zeitabständen sinnvoll“ – scheint angesichts der Tatsache, dass die letzte Erhebung bereits 15 Jahre zurückliegt wenig stichhaltig. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, dass man sich nur ungern Negativzahlen ins Haus holen möchte, die belegen könnten, dass die bislang ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um die Streuobstbestände im Land nachhaltig zu sichern.

Dass Apfelsaft von heimischen Streuobstwiesen beim Einkauf immer weniger im Einkaufskorb landet und stattdessen mehr und mehr Billigsäfte den Markt dominieren, die auf Basis von aus Fernost, der Türkei oder Polen importierten Konzentraten hergestellt werden, belegt jetzt auch die Antwort des Landwirtschaftsministeriums auf die Große Anfrage der Grünen. Wurde bis in die 80er Jahre Apfelsaft in Baden-Württemberg überwiegend als Direktsaft abgefüllt, so werden heute rund 90% des im Ländle abgefüllten Apfelsaftes auf Konzentratbasis hergestellt. Lediglich noch 10% der Gesamtmenge des hierzulande abgefüllten Apfelsaftes wird nach wie vor als Direktsaft abgefüllt. Bei der Verarbeitung von Konzentrat - auch dies räumt die Landesregierung ein - geht der Anteil an einheimischen Rohstoffen immer weiter zurück. Im Jahr 2003 stammten gerade noch 30% des in Baden-Württemberg verarbeiteten Apfelsaftkonzentrats aus heimischem Streuobst. Rund 65% des von den baden-württembergischen Obstkeltereien und Fruchtsaftherstellern verarbeiteten Konzentrats stammen demgegenüber aus China, dem Iran, der Türkei, Polen und Ungarn.

### **Droht „Geiz ist Geil“ auch beim Apfelsaft zur Mode zu werden?**

Die oben beschriebene Entwicklung lässt befürchten, dass die „Geiz ist Geil“-Mentalität - ob bewusst oder unbewusst – auch vor den Fruchtsaftregalen von Discountern und Lebensmittelhandel nicht halt macht. Im Beamtendeutsch des Hauses Stächele hört sich das dann wie folgt an:

*„Die Verarbeitung von importiertem Konzentrat entspricht der Nachfrage nach möglichst preisgünstigen Säften, wie sie vor allem von Lebensmittel-Discountern angeboten werden.“*

Mit 0,7 € pro kg ist der Verkaufspreis für Apfelsaftkonzentrat aus den oben genannten Importländern derzeit so niedrig wie noch nie. Demgegenüber liegt bereits der Selbstkostenpreis (!) für Konzentrat, das aus heimischem Streuobst gewonnen wird, derzeit bei 0,86 bis 0,88 € pro kg. Erzielt werden kann dieser eigentlich gar nicht konkurrenzfähige Preis allerdings nur auf der Grundlage eines Obstanlieferpreises, der in diesem Herbst zwischen 5 € und 7 € pro Doppelzentner lag. Dass ein solch niedriger Mostobstpreis für die hiesigen Streuobstwiesenbewirtschafter nicht annähernd kostendeckend ist, räumt auch die Landesregierung ein.

Laut Stellungnahme des Landwirtschaftsministeriums hatten bereits im Jahr 1993 durchgeführte Erhebungen zum Ergebnis, dass ein positiver Deckungsbeitrag für die Bewirtschafter bei einem Preis von etwa 20 € pro Doppelzentner zu erwarten wäre. Legt man einen solchen Preis für angelieferte Rohware von Streuobstwiesen zu Grunde, so würde dies - so Angaben von Fruchtsaftherstellern – zu einem Konzentratpreis führen, der bei etwa 2,00 € pro kg liegt. Nimmt man das Beispiel eines Fruchtsaftanbieters aus dem Remstal, so würde sich damit der Preis für Apfelsaft, der auf Konzentratbasis hergestellt wurde, von derzeit 0,95 € pro Liter um ca. 0,35 € pro Liter verteuern. Der Endverkaufspreis von rund 1,30 € konkurriert dann mit Discounterprodukten, die auf Basis der beschriebenen Billigkonzentrate hergestellt wurden und bei einem Verkaufspreis von ca. 0,45 € pro Liter liegen.

Die Folgen dieses Verdrängungswettbewerbs liegen auf der Hand und werden auch von der Landesregierung in der Stellungnahme auf unsere Große Anfrage deutlich aufgezeigt:

*„Die Nachfrage nach Säften aus verhältnismäßig günstigem Apfelsaftkonzentrat senkt in der Tat das Interesse für die Obstkeltereien, heimisches Mostobst zu erfassen und zu verarbeiten. In manchen Landesteilen ist zu beobachten, dass nur noch ein Teil des Obstes aufgesammelt und als Mostobst abgeliefert wird. Bestände, die nicht mehr beerntet werden, erhalten auch keine weitere Pflege.“*

Konsequent zu Ende gedacht bedeutet dies, dass ohne entsprechende Gegenmaßnahmen die Streuobstwiesen in den kommenden Jahrzehnten aus unseren Kulturlandschaften verschwinden werden. Oder deutlicher ausgedrückt: Die von Hunderttausenden bei der Suche nach Erholung in jedem Frühjahr von neuem bewunderte Blütenpracht am Albtrauf, im Remstal, im Hohenlohe, Kraichgau oder anderswo droht bald zu einem Relikt vergangener Tage zu werden.

Mit den zumeist mit Hilfe der Umweltverbände BUND und NABU gegründeten „Aufpreisinitiativen“ – derzeit existieren rund 80 im Land - hat man durchaus erfolgreich versucht den negativen Auswirkungen des zunehmenden Preisverfalls bzw. der starken Preisschwankungen entgegenzuwirken. Noch immer fällt hierunter allerdings nur ein Bruchteil der im Land existierenden 180.000 ha Streuobstflächen.

### **Stächele: Streuobst ja – mehr Engagement nein**

Trotz der zunehmenden Verdrängung einheimischen Streuobsts durch importierte Billigkonzentrate und der daraus resultierenden Folgen sieht die Landesregierung *„derzeit keine Veranlassung“* über die in der Vergangenheit von ihr ergriffenen und aus unserer Sicht unzureichenden Maßnahmen hinaus neue Initiativen zum Erhalt der Streuobstbestände zu starten. „Eine zusätzliche landesweite Informationskampagne“ – so Landwirtschaftsminister Stächele in der Stellungnahme zur Großen Anfrage der Grünen – „wäre aus finanziellen Gründen nicht vertretbar.“ Selbstzufriedenheit statt Problembewusstsein auch da, wo es um die Unterstützung bei der Produktentwicklung und –vermarktung geht. Zitat: „Die Landesregierung sieht keinen Bedarf weitere Maßnahmen im Sinne der Produktentwicklung bzw. einer Verbesserung der Verwertung von Streuobst finanziell zu unterstützen.“

### **Vorschläge der GRÜNEN zur nachhaltigen Sicherung der Streuobstbestände**

Um mittelfristig noch relevante Teile der 180.000 ha heute noch existierender Streuobstwiesen in Baden-Württemberg erhalten zu können, sind aus Sicht der Fraktion GRÜNE eine ganze Reihe von Maßnahmen erforderlich. Von zentraler Bedeutung sind hierbei aus unserer Sicht:

- Die Verbesserung der Produktkennzeichnung dergestalt, dass für die Verbraucherinnen und Verbraucher die Herkunft (z.B. „100% Direktsaft aus heimischen Streuobstwiesen; Apfelsaft auf der Basis von Konzentrat zu 100% aus heimischem Streuobst“) leicht und eindeutig erkennbar ist. Eine solch verbesserte Kennzeichnung ist auch auf andere Produktlinien (z.B. Apfelschorle, Apfel- und Birnenschaumweine, Qualitätsschnäpse aus alten Obstsorten etc.) auszuweiten;

- Die Anhebung und Ausweitung der MEKA-Förderung („Markt- Entlastungs- und Kulturlandschafts-Ausgleich“) für die Bewirtschaftung von Streuobstwiesen. Derzeit werden landwirtschaftliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe für die Bewirtschaftung von Streuobstwiesen mit jährlich 100,- €/ha (Gesamtbetrag 3,1 Mio. €) gefördert. Angesichts der beschriebenen ökonomischen Rahmenbedingungen einerseits und der besonderen Bedeutung derartiger Flächen andererseits halten wir im Rahmen der anstehenden Neukonzipierung von MEKA III sowohl eine Anhebung des Förderbetrags, als auch eine Ausweitung der Förderung auf Nichtlandwirte für erforderlich. Finanzieren lässt sich eine solche Maßnahme durch die Streichung derzeit im MEKA-Programm vorhandener Mitnahmeeffekte bzw. einen effizienteren Mitteleinsatz. Konkret schlagen wir die Streichung der bislang praktizierten MEKA-Förderung für die sog. „Erweiterung des Drillreihenabstands“ vor, für die jährlich rund 7,5 Mio. € ausgezahlt werden;
- Die Neugestaltung der bei Bauvorhaben im Außenbereich anzuwendenden naturschutzrechtlichen Ausgleichsregelung dergestalt, dass in verstärktem Umfang Pflege- und Erneuerungsmaßnahmen in vorhandenen Streuobstbeständen als Ausgleichsmaßnahme eingefordert werden können, bzw. die im Falle von nicht ausgleichbaren Eingriffen festzusetzende Ausgleichsabgabe verstärkt als Pflegeprämie bei vorhandenen Streuobstwiesen eingesetzt werden kann;
- Die Auflegung eines Bündnisses unter Beteiligung von Fruchtsaftherstellern, Lebensmittelhandel, Agrar- und Naturschutzverbänden, kommunalen Spitzenverbänden, Hotel- Gaststätten- und Tourismusverbänden, Verbraucherorganisationen u. a.) mit dem Ziel, vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen ein tragfähiges Aktionsprogramm zum Erhalt der Streuobstbestände zu entwickeln;
- Die Entwicklung einer möglichst breit getragenen Aufklärungskampagne als ein wesentlicher Bestandteil eines solchen Aktionsprogramms, in deren Mittelpunkt das Aufzeigen der Folgen der Verdrängung hochwertiger einheimischer Streuobstprodukte durch die beschriebenen Billigprodukte steht. Es besteht unserer Auffassung nach die Chance, einen erheblichen Anteil von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu bewegen, beim Einkauf von Fruchtsäften ein paar Cent mehr zu zahlen, vorausgesetzt, es gelingt, im Rahmen einer solchen Kampagne zu vermitteln, welchen wichtigen Beitrag sie damit zum Erhalt der vor ihrer eigenen Haustür liegenden Kulturlandschaften leisten.

Stuttgart, November 2004

P.S. Die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE „Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in Baden-Württemberg“ (Drs. 13/3517) können zusammen mit der Stellungnahme der Landesregierung von der Homepage unserer Fraktion <http://www.bawue.gruene-fraktion.de> herunter geladen werden.